Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Pliganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Pliganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 6 | München, 7. Februar 1930 | 17. Jahrgang

1930 Wochenkalender 5690

	Februar	Schebat	Bemerkungen
Sonntag	9	11	
Montag	10	12	
Dienstag	11	13	
Mittwoch	12	14	
Donnerstag	13	15	חמשה עשר
Freitag	14	16	
Samstag	15	17	בשלח שבת שירה

Das Jüdische Echo

Nummer 6 7. Februar 17. Jahrgang

Bayerische Sozialdemokratie und Schächtgesetz

Das Gesetz über das Schlachten von Tieren, deutlicher bezeichnet, das Schächtverbot, mit dem Bayern wieder einmal glorreich die Führung der deutschen Politik übernommen hat, ist zustande gekommen unter aktiver Mitwirkung der sozialdemokratischen Fraktion des Bayerischen Landtags; von der 33 Mitglieder zählenden Fraktion haben sich 11 vor der Abstimmung entfernt, 22 haben für die Regierungsvorlage gestimmt und ihr dadurch zur Annahme verholfen. Auch die im Antrag Scharnagl gegebene letzte Möglichkeit, den berechtigten Einwänden der jüdischen Bevölkerung Rechnung zu tragen, indem man das Staatsministerium des Innern zur Zulassung von Ausnahmen in besonderen Fällen ermächtigt hätte, wurde abgelehnt. Mit edler und bei ihr ihr ganz ungewohnter Konsequenz blieb die Sozialdemokratie bei dem einmal von ihr eingenommenen Standpunkt, den sie indessen in der Plenarsitzung vor der Abstimmung nicht einmal zu verteidigen für notwendig hielt. Fehlte es ihr dazu etwa an Mut? Es könnte freilich so scheinen und es hätte wahrhaftig auch viel Mut für einen rechten Sozialdemokraten dazu gehört, sich offen in eine Front mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu stellen.

Denn darüber kann doch kein Zweifel bestehen: die Versicherung des Herrn Dr. Buttmann, daß sich seine Fraktion in dieser Frage nicht von judenfeindlichen sondern von humanitären Gesichtspunkten habe leiten lassen, ist so aufrichtig, daß sie nicht einmal ein politisches Kind glaubt, um so mehr als die Nationalsozialisten sich bei ihrer bisherigen Betätigung nicht gerade als Ritter der Humanität erwiesen haben; was die Sozialdemokraten eigentlich am wenigsten vergessen haben sollten. Deshalb fällt es auch sehr schwer, anzunehmen, daß die bayerischen Sozialdemokraten naiv genug gewesen wären, dieser Versicherung des Herrn Dr. Buttmann und der gleichwertigen des Herrn Professors Dr. Lent Glauben zu schenken und die Darlegungen des Herrn Dr. Högner im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags, wo er nach dem Bericht in der „Münchner Post“ betont hat, daß sich die Sozialdemokraten von jeder antisemitischen Tendenz vollkommen frei wüßten, können deshalb nur Erstaunen über so viel Harmlosigkeit erregen. Denn es kommt in politischen Dingen doch immer auf die Wirkung an.

Es hört sich zwar ausgezeichnet an, was Herr Dr. Högner gesagt hat, aber es vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die Haltung der Sozialdemokraten, nach ihren Wirkungen beurteilt, antisemitisch ist, seine Versicherung will wenig mit der Tatsache übereinstimmen, daß die Sozialdemokratie sich in einer Frage, von der sie doch auch selbst zugeben wird, daß die Juden am stärksten betroffen werden, von ausgesprochen antisemitischen Absichten ins Schlepptau nehmen und sich bereitfinden ließ, ihre Mitwirkung zu einem Gesetz zu bieten, das von jedem Juden als antisemitische Maßnahme empfunden werden muß. All dies, obwohl der eigentliche auf Humaniät abzielende Zweck des Gesetzes durch eine Ausnahme für das Schächten, das nur 1,6 bis 2 Prozent sämtlicher Schlachtungen betrifft, kaum in Frage gestellt worden wäre — wenn es die Drahtzieher nicht eben gerade auf das Schächtverbot abgesehen hätten — und obwohl erhebliche rechtliche und politische Bedenken unbedingt die Sozialdemokraten von einer Zustimmung zu diesem Gesetz abhalten mußten.

Niemand hat das klarer ausgesprochen als ein bayerischer Sozialdemokrat, Herr Dr. Philipp Löwenfeld, München, der in einem Artikel der „Münchner Post“ vom 28. Januar, also noch vor der Annahme des Gesetzes, das Wort zu dieser Frage ergriffen hat. Dr. Löwenfeld ist Dissident, schreibt also nicht pro domo, sondern nur aus der Sorge, „daß sich die Fraktion durch Anschluß an die von ihren Vertretern im Verfassungsausschuß vertretene Auffassung in Widerspruch setzen könne mit der lebendigen Tradition der Sozialdemokratischen Partei und mit jenen Grundsätzen, durch die die Sozialdemokratie groß geworden ist und durch deren Bekenntnis sie allein lebensfähig ist.“ Herr Dr. Löwenfeld weist überzeugend nach, daß die Rechtslage keineswegs so einwandfrei ist, wie Herr Dr. Högner meinte, der im Verfassungsausschuß sehr sophistisch — und unklug — erklärte: „Wenn das Reich besonderen Wert auf die Regelung der Materie lege, hätte es das seit 1926 tun können.“

Demgegenüber führt Dr. Löwenfeld aus: „Was zunächst die Rechtslage betrifft, so ist diese zwar etwas Formales, aber auch hier gehen die Dinge bereits ins Grundsätzliche. Es ist bekannt, daß die Rechtslage zum mindesten zweifelhaft ist. Ein angesehener bayerischer Rechtslehrer hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß hier in Materien eingegriffen werde, die verfassungsmäßig das Reich erschöpfend regeln wollte. Die Sozialdemokratie kämpft programmäßig für die Rechtseinheit im Deutschen Reich, In Materien, in denen heute noch die Zuständigkeit der Länder eine zweifellose ist (Justiz), kämpft sie für die Aufhebung dieser Zuständigkeit. Der deutsche Einheitsstaat ist einer ihrer wichtigsten Programmpunkte. Wie kann es da verstanden werden, daß in einer Frage, in der die Zuständigkeit der Landesgesetzgebung zweifelhaft ist, die sozialdemokratische Fraktion einen ‚bayerischen Belang‘ mit aufrichten helfen würde, zumal wenn der Aufrichtung dieses ‚Belanges‘ noch andere Bedenken vom Standpunkte der Reichsverfassung entgegenstehen.“

Mit bemerkenswerter Deutlichkeit äußert sich Dr. Löwenfeld auch über die angeblich humanitären Bestrebungen, die zu diesem Gesetz führten: „Die Notwendigkeit dafür ist im Verfassungs-

ausschuß mit Gründen der Humanität belegt worden. Daß diese durchzusetzen sind, wo sich dazu eine formale Handhabe bietet, ist selbstverständlich, wenn sie bestehen. Ob sie bestehen, muß in diesem Falle besonders skeptisch geprüft werden, wenn man sich die Gesellschaft ansieht, in der sich die Fraktionsvertreter im Verfassungsausschuß bei ihrer Stellungnahme befunden haben. Zustimmung fanden sie bei den Nationalsozialisten und bei den Deutschnationalen, also bei jenen Parteien, die sich in Amnestieanträgen für die lieben Fememörder überbieten, obwohl bisher in Feme- und ähnlichen Mordfällen weder bei Juden noch bei Sozialdemokraten eine vorherige Betäubung für erforderlich erklärt wurde. Auch die Todesangst haben die Hitlerleute im Jahre 1923 den Genossen, die sie aus dem Münchener Rathaus gewaltsam herausgeholt haben oder in deren Wohnungen sie gewaltsam eingedrungen sind, ganz gewiß nicht ersparen wollen. Die Humanität dieser Gruppe betätigt sich also vorwiegend bei dem Umbringungsmodus des bayerischen Viehs. Vom Bayerischen Bauernbund, der ebenfalls zugestimmt, kann man gleiches nicht sagen. Doch dürfte es zweifellos in der Angelegenheit des Abstechens von Tieren sachverständiger sein, als in Dingen der jüdischen Religion."

Daß wirklich keineswegs humanitäre Gründe bei den Befürwortern des Gesetzes ausschlaggebend gewesen sein können, erhellt aus der Leichtigkeit, mit der man sich in Fällen, wo nicht Juden sondern bayerische Bauern von den Vorschriften des Gesetzes berührt wären, über die elementaren Grundsätze, die man soeben aufgestellt hat, hinwegzusetzen gedenkt. Es ist nach Herrn Dr. Löwenfeld ein offenes Geheimnis, daß die Zustimmung des Bayerischen Bauernbundes zu dem Gesetz damit erkauft worden ist, daß in der Begründung auf kommende Ausführungsvorschriften verwiesen wird, durch die mechanische Betäubung nur in den großen städtischen Schlachthofanlagen vorgeschrieben werden wird, während auf dem Lande nach wie vor der berüchtigte Kopfschlag als „humane Tötungsart" zugelassen bliebe, genau so wie das nicht weniger berüchtigte Stechen der Säue. Die bayerische Regierung denke im Ernst nicht daran, den Landgemeinden die Beschaffung von mechanischen Betäubungsvorrichtungen zuzumuten, und kein Widerstand der Sozialdemokratie könne das Ergehen derartiger Ausführungsvorschriften verhindern, wenn sie einmal dem Gesetzentwurf zugestimmt habe. (Wie wenig auch bei der Sozialdemokratie die Forderung der Humanität, die vorgegeben wird, glaubhaft ist, beweist z. B., worauf hier nur hingewiesen werden kann, daß sie sich da, wo wahrhaft große Aufgaben der Humanität zur Debatte stehen, kaum rührt. So z. B. war in der „Münchner Post" von den Verhältnissen in China, die doch die ganze Welt berühren, bisher so gut wie nicht die Rede!)

Das, wovor Dr. Löwenfeld mit seinem Artikel die sozialdemokratische Fraktion zurückzuhalten versuchte, hat sie nun doch getan: Sie hat einer doppelten Humanität für das bayerische Vieh den Weg geebnet, sie hat antisemitischen und verfassungsgegnerischen Bestrebungen Vorschub geleistet und sie hat, was schlimmer ist, das durch die Reichsverfassung gewährleistete Prinzip der Gewissensfreiheit zu verletzen geholfen. Am schlimmsten aber ist es, daß sie all dies getan hat, obwohl sie die Bedeutung ihrer Haltung kannte oder sie zum mindesten hätte kennen müssen, und obwohl eine Notwendigkeit dazu nicht im geringsten vorlag. Sie hat sich über alle Bedenken hinweggesetzt und fordert nun Arm in Arm mit den Nationalsozialisten das Jahrhundert in die Schranken, gedrängt offenbar von einigen robusteren Elementen, die sich für große Politiker halten, weil sie für Gewissens- und Prinzipienfragen kein Organ haben und denen in religiösen Dingen das Gutachten eines Veterinärs überzeugender scheint, als Äußerungen der wirklich Betroffenen. Sicher glauben die Herren damit ein politisches Meisterstück geleistet zu haben; wir unsererseits können nicht annehmen, daß die Sozialdemokratie durch die Wahl von Bundesgenossen, wie in diesem Falle, sehr viel Erfolge einheimsen wird. Es wird sich bald zeigen, ob die Schächtfrage mit diesem bayerischen Gesetz ihre endgültige Erledigung gefunden hat, oder ob nicht doch Reichsinstanzen noch eingreifen werden. Man darf das aus manchen Gründen sogar erwarten und wird dann wohl auch hoffen dürfen, daß in der Gesamtheit der deutschen Sozialdemokratie, wie ja bereits in einem beträchtlichen Teil der bayerischen Fraktion, deren Haltung als das erkannt und beurteilt wird, was sie in Wirklichkeit ist: als ein schlimmer politischer Fehler. Für uns Juden, die wir darunter zu leiden haben, allerdings auch dies kein Trost.

Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

In der vorigen Woche hat die Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde anläßlich der Generaldebatte über den Etat für für das Jahr 1930 der Berliner und darüber hinaus der deutschen Judenheit ein Bild geboten, das in diesen, für die Juden in Deutschland nicht gerade schönen Zeiten erfreulich ist. Der Vorsitzende der Gemeinde, Direktor Georg Kareski, konnte auf eine Arbeitsleistung in den vergangenen drei Jahren, in denen die Zionisten führend die Geschäfte der Berliner Jüdischen Gemeinde beeinflußt haben, hinweisen, wie sie in der Geschichte der deutsch-jüdischen Gemeinden kaum jemals gesehen wurde. Der Arbeitsumkreis der Gemeinde hat sich ausgedehnt. Auf allen Gebieten der Gemeindetätigkeit ist ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Das Schulwesen ist ausgebaut worden, die Anzahl der Schüler in den Gemeindeschulen hat sich vervierfacht, die Aufwendungen für das Wohlfahrtsamt sind auf die Summe von 3,6 Millionen angewachsen und machen 27,3 Prozent der Gemeindeausgaben aus. Hierbei sind die verschiedenen Subventionen für Gesellschaften, wie „Ort", „Ose", Hilfsverein der deutschen Juden und Wohlfahrtsvereine nicht inbegriffen. Das Krankenhauswesen ist ausgebaut, eine neue Poliklinik geschaffen, ein Röntgeninstitut modernster Art errichtet, die Kapazität des Siechenhauses wird um 40 Prozent gesteigert werden, eine Reihe von Neubauten geht der Vollendung entgegen, ein neues Friedhofsgelände ist angekauft, ein Ledigenheim ist geplant und zahlreiche andere Institutionen sind ins Leben gerufen worden. Das Gemeindeblatt wird an 85 000 Bezieher geliefert, das Bibliothekswesen ist geordnet, außer der Zentrale sind acht Zweigstellen in Berlin errichtet, die Kunstsammlung ausgebaut, im Herbst wird eine Ausstellung jüdischer Künstler veranstaltet. Die Jugendfürsorge-Arbeit hat ein erfreuliches Ausmaß erreicht; noch im Laufe dieses Winters werden Sonntagsvorträge veranstaltet werden. Das statistische Amt wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit aufnehmen. Die Abhaltung von Gemeindeabenden ist in die Wege geleitet, eine Propaganda- und Pressestelle ist beschlossen und wird demnächst in Funktion treten — eine ungeheure Fülle von Arbeiten ist geleistet und wird in der Zukunft mit verstärkter Energie fortgeführt werden.

Das ist alles geschehen, ohne daß man die Steuerquote erhöht hätte. Auch für das Jahr 1930 ist keine Erhöhung der Quote vorgesehen, obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse sich äußerst prekär gestalten und insbesondere die jüdische Bevölkerung schwer treffen. Die Gemeinde hat in den abgelaufenen Jahren 3,6 Millionen für verschiedene Grundstückskäufe ausgegeben. Die großen Neubauten wurden mit über einer Million Reichsmark aus eigenen Mitteln neben der für diesen Zweck aufgenommenen Anleihe finanziert. Das Vermögen der Gemeinde ist in den letzten vier Jahren um 6 Millionen gewachsen. Dieses Vermögen stellt eine Reserve für schlechte Zeiten dar. Wenn die Bauten vollendet sein werden, so wird der Vermögenszuwachs der Gemeinde, die Bauten inbegriffen, 10 Millionen Reichsmark ausmachen. Der Bau des Ledigenheims wird aus Mitteln bestritten werden, die der Gemeinde durch den günstigen Verkauf eines Besitztums in der Spandauer Straße zugeflossen sind. Die Gemeinde ist dauernd bemüht, auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung zu wirken. Zur Erhaltung der deutsch-jüdischen Institutionen hat sie wesentlich beigetragen. Ihre Zuwendung an den Landesverband macht 400 000 RM. jährlich aus. Aber nicht nur innerhalb der Grenzen Deutschlands ist die Jüdische Gemeinde Berlins mit Rat und Hilfe bei der Hand, sondern sie betrachtet es als eine Ehrenpflicht, überall in der Welt, wo Juden leiden, helfend einzugreifen. Die Jüdische Gemeinde Berlins beteiligt sich in immer mehr steigendem Maße an dem Werke des Palästina-Aufbaus. Vertreter der Gemeinde sitzen in der Jewish Agency. Ein Lehrstuhl an der Hebräischen Universität wird aus Gemeindemitteln erhalten. Die Stellung der Beamtenschaft ist gehoben, ihr Geist gegenüber den früheren Jahren besser geworden. Das Interesse an jüdischen Dingen ist gewachsen. Ein Symptom hierfür war, daß im letzten Jahre zum erstenmal während der hohen jüdischen Feiertage, trotz der reichlich veranstalteten Sondergottesdienste, ein Platzmangel festzustellen gewesen ist. Gegenüber allen Richtungen in der Gemeinde ist die Gemeindeverwaltung von absoluter Unparteilichkeit gewesen. Jede Richtung konnte zu ihrem Rechte kommen, die Verknüpfung mit den Ostjuden ist inniger gestaltet worden. Die von der Gemeinde veranstalteten Kundgebungen, Mendelssohnfeier, das Synagogenkonzert Jadlowker-Prof. Einstein, haben die Beachtung der gesamten Öffentlichkeit gefunden.

Man könnte noch seitenlang davon erzählen, was in den letzten Jahren von der „zionistischen Herrschaft" in der Berliner Jüdischen Gemeinde unternommen und durchgeführt wurde. Erfreulich ist, daß die Männer, die, von dem Geiste eines neuen jüdischen Optimismus getragen, die bisherigen Leistungen vollbracht haben, keineswegs mit dem erzielten Erfolg ihrer Arbeit zufrieden sind. Der Vorsitzende der Gemeinde, Kareski, und der Redner der Jüdischen Volkspartei, Dr. Alfred Klee, betonten, daß das alles erst ein Schritt nach vorwärts sei, es gilt die vielen Zehntausende indifferenter Juden für die Gemeinde zu interessieren, das Schulwesen so auszubauen, daß nicht nur jedes siebente Kind eine jüdische Schule besucht — gegenüber den früheren Jahren ein außerordentlicher Fortschritt — sondern daß die Mehrheit und schließlich alle jüdischen Kinder in jüdischen Schulen erzogen werden. Die soziale Fürsorge und die Fürsorge für die schulentlassene Jugend soll eine größere Ausdehnung erfahren. Die Verbundenheit der Berliner Juden mit der jüdischen Gemeinschaft in der ganzen Welt muß noch inniger gestaltet werden. Die Verwaltung, in den letzten Jahren auf vorbildliche Höhe gebracht, soll eine derartige Ausgestaltung erfahren, daß alle jüdischen Nöte und Bedürfnisse von der Gemeindezentrale aus verständnisvoll behandelt werden. Die Jüdische Gemeinde soll — das ist das Ziel — eine wahre Volksgemeinde werden.

Als die jetzige Berliner Gemeindeverwaltung im Jahre 1926 gewählt wurde, da prophezeiten die

Gegner der Zionisten, daß mit der neuen Mehrheit eine Zeit des Verfalls und der Zerrüttung der Berliner Gemeinde angebrochen sei. Diese Prophezeiung ist falsch gewesen. Das Gegenteil ist eingetreten. In jeder Hinsicht hat der neue Geist in der Gemeinde auf das Leben der Berliner Juden erweckend gewirkt. Bis in die weitesten Kreise der Berliner Judenheit werden die Leistungen der Zionisten anerkannt. Und wenn Ende des Jahres 1930 die Berliner Juden zur Urne schreiten werden, um eine neue Repräsentation zu wählen, dann werden die Zionisten vor die Wähler mit dem Bewußtsein treten können, daß sie ihre vor vier Jahren gegebenen Wahlversprechen nach bestem Gewissen mit allen Kräften zum Wohle der gesamten jüdischen Gemeinschaft Berlins erfüllt haben.

l. s.

Etatdebatte in der Berliner Jüdischen Gemeinde

Berlin, 30. Januar. (JTA.) In der Sitzung der Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde am 30. Januar stand fast als einziger Punkt auf der Tagesordnung, die erste Lesung der Etatvorlage, Der Vorsitzende des Vorstandes der Gemeinde, Herr Direktor Georg Kareski, leitete die Generaldebatte mit einer etwa zweistündigen Rede ein. Er gab ein eingehendes und instruktives Gesamtbild der Leistungen und Aufgaben der Gemeinde.

Der Vorsitzende, Geheimrat Stern, dankt dem Redner namens des Hauses für seine nüchternklaren und doch zur Arbeit anspornenden Ausführungen und legt unter allseitigem Beifall nochmals ein feierliches Bekenntnis zur Einheitsgemeinde ab.

Rechtsanwalt Stern (liberal) gedenkt des Führers Moritz Türk, des vorjährigen ersten Etatsredners und dankt dem Gemeindevorsitzenden für seine Rede, die ihren Meister lobe, die ganze Versammlung aber ehre. Redner bekennt sich namens des Liberalismus zu Zukunft und Einheit des Judentums („Arewus Jisroel") und zur jüdischen Aufgabe in der Welt, billigt auch die Förderung außerdeutscher jüdischer Bestrebungen. Er fordert den Reichsverband als jüdische Gesamtorganisation in Deutschland, Statutenrevision, das religiöse Parochialsystem und zwecks Befriedung der Gemeinde und organischer Arbeit aller Richtungen getrennte Kultuskommissionen, Elternkurse zur Förderung jüdischer Erziehung, Einsetzung der Rabbiner und sonst jüdisch Interessierter in der Einzelarbeit bei Bekämpfung der Indifferenz, Fortbildung des Gottesdienstes im liberalen Sinne, Verlegung der Sonntagsveranstaltungen in Synagogen, Beseitigung des „Dreiklassensystems" bei Beerdigungen, Ausschaltung von Parteipolitik aus Jugendpflege und Behandlung von Personalfragen. Die Liberalen lehnten jeden Ausbau höherer Schulen ab. Bei den Volksschulen bestehe angesichts allgemein konfessioneller Schulen nur ein Notstand. Alle Bedürfnisse der Gesetzestreuen seien zu befriedigen. Zur Bewältigung und Beschleunigung der Arbeit seien besoldete Gemeindeälteste zu berufen.

Dr. Klee (Volksp.) drückt seine Befriedigung über das Geleistete aus, neben dem aber das noch zu Leistende immer wieder als Ansporn zu beachten bleibe. Redner wendet sich gegen die Austrittsdrohungen aus den Kreisen der Reformgemeinde. Er fordert jüdische höhere Schulen, ferner Förderung der kleinen Synagogenvereine als jüdische Mittelpunkte bis zur Ausbildung des neuen in Pankow geplanten Synagogentyps (Gemeindehaus) und Förderung des Palästinagedankens und -aufbaus. Dr. Klee berührt die Frage, ob die Gemeinde Abwehrarbeit leisten solle und führt aus, wenn der Central-Verein überparteilich wäre und dort keine Abstimmungen gegen Richtungen innerhalb des deutschen Judentums stattfinden würden, so könnte er die Frage verneinen, so aber ist das nicht der Fall. Dr. Klee wandte sich scharf gegen Verdächtigungen, daß einzelne Richtungen im deutschen Judentum hinsichtlich ihrer Staatspflichten unzuverlässig seien.

Einstein an die arabische Welt

Ein Brief an das Organ der Arabischen Exekutive

Jerusalem, 28. Januar. (JTA.) Die Zeitung „Falastin", Organ der Arabischen Exekutive Palästinas, veröffentlicht heute das folgende an sie gerichtete Schreiben von Professor Albert Einstein:

„An die Redaktion des ‚Falastin'

Sehr geehrte Redaktion. Meine Aufmerksamkeit wurde auf einen Artikel ‚Relativität und Propaganda' gelenkt, den Sie in Ihrer englischen Ausgabe vom 19. Oktober veröffentlicht haben. Ich will davon absehen, daß Sie in diesem Artikel neben manchem Schmeichelhaften auch manches Unschmeichelhafte über mich sagen, und ich will auch Ihre verletzenden Bemerkungen über den Charakter des jüdischen Volkes nicht zu schwer nehmen. Leider ist es ja eine Gewohnheit streitender Völker geworden, das andere Volk ungebührlich herabzusetzen.

Auf das Vergangene will ich hier nicht eingehen. Was ich darüber zu sagen habe, habe ich in meinem Brief an den ‚Manchester Guardian' gesagt, mit dem Sie sich in Ihrem Artikel beschäftigen. Aber Ihr Artikel gibt mir Anlaß, ein paar Worte über die Zukunft zu sagen, wie ich sie sehe. Sie bezweifeln meine Worte, daß die Juden mit der arabischen Bevölkerung Palästinas nur freundliche Beziehungen zu haben wünschen. Wer wie ich seit Jahrzehnten die Überzeugung vertritt, daß die zukünftige Menschheit auf einer innigen Gemeinschaft der Nationen aufgebaut sein muß und daß der aggressive Nationalismus überwunden werden muß, der kann auch die Zukunft Palästinas nur in der Form einer friedlichen Kooperation der beiden dort beheimateten Völker sehen. Darum hätte ich erwartet, daß das große arabische Volk die jüdische Notwendigkeit, in der alten Heimat des Judentums sein nationales Heim wieder aufzubauen, besser würdigt und daß gemeinsam Mittel und Wege gefunden werden, um eine ausgedehnte jüdische Siedlung im Lande zu ermöglichen. Ich bin überzeugt, daß durch das liebevolle Interesse, das die Judenheit dem Lande Palästina zuwendet, die ganze Bevölkerung des Landes Nutzen ziehen kann, nicht nur in materieller Beziehung, sondern auch in kultureller und nationaler Beziehung. Ich glaube, daß die arabische Wiedergeburt in dem ganzen großen Gebiet, das heute von Arabern bewohnt ist, durch die jüdischen Sympathien nur gewinnen kann. Ich würde wünschen, daß Mittel und Wege gefunden werden, um sich in voller Freiheit und Offenheit über diese Möglichkeiten auszusprechen, denn ich glaube, daß die zwei großen semitischen Völker, die, jedes in seiner Art, zur Kultur der heutigen abendländischen Menschheit Unvergängliches beigetragen haben, eine große gemeinsame Zukunft haben können, und daß sie, statt in unfruchtbarer Feindseligkeit und gegenseitigem Mißtrauen einander gegenüberzustehen, sich gegenseitig in ihren nationalen und kulturellen Bestrebungen unterstützen und die Möglichkeit einer sympathievollen Kooperation suchen sollten. Ich betrachte es gerade als Aufgabe der politisch nicht aktiven Menschen, bei der Schaffung einer solchen Atmosphäre des Vertrauens mitzuwirken.

Die traurigen Vorfälle vom vergangenen August werden von mir nicht nur darum bedauert, weil sich darin die menschliche Natur in ihren niedrigsten Erscheinungsformen enthüllte, sondern auch darum, weil sie die beiden Völker entfremdet haben und für einige Zeit den Zugang zueinander erschweren, der trotzdem gefunden werden muß.

Ich bin, sehr geehrter Herr, Ihr" usw.

Ein Memorandum an den Völkerbund

Dr. Victor Jacobsohn besucht Sir Eric Drummond

Genf, 22. Januar. (JTA.) Herr Dr. Victor Jacobsohn, Delegierter der Exekutive der Zionistischen Organisation, wurde heute morgen von Sir Eric Drummond, Generalsekretär des Völkerbundes, empfangen und hat ihn eine Note überreicht, die wie folgt lautet:

1. Emir Chekib Arslan und Herr Ihsan El Djabri, die im Namen eines „Syrisch-Palästinensischen Komitees" agieren und behaupten, die arabische Bevölkerung Palästinas zu repräsentieren und in ihrem Namen zu sprechen, haben der Presse einen Protest gegen die vom Rat des Völkerbundes in seiner Sitzung vom 14. Januar 1930, betreffend die Klagemauer, gefaßte Resolution übergeben.

2. Indem ich zur Kenntnis nehme, daß die Unterzeichner des Protestes die Tatsache anerkennen, daß der Text des Mandates selbst „die Etablierung einer jüdischen Mehrheit" in Palästina einbegreift, protestiere ich gegen die in dem vorerwähnten Dokument enthaltene Behauptung, daß die Juden „alle arabischen Heiligen Stätten, inbegriffen die Aksa-Moschee", begehren und daß die Errichtung einer jüdischen Mehrheit notwendigerweise zu einer Entweihung der arabischen heiligen Stätten sowie zu „der Eliminierung des arabischen und muselmanischen Elementes" führen muß.

3. Ich versichere feierlich, daß weder die „Jewish Agency for Palestine", noch die Zionistische Organisation, noch die Juden im allgemeinen die Eroberung der Aksa-Moschee oder irgendeiner anderen heiligen Stätte in Palästina erstreben oder erstrebt haben. Diese für jeden Menschen von gutem Glauben ersichtliche und durch die offiziellen jüdischen Deklarationen so oft festgelegte Wahrheit wurde kürzlich durch die Untersuchung der Kommission der britischen Regierung, wie aus den über ihre Arbeiten veröffentlichten Mitteilungen zu ersehen ist, bestätigt.

Angesichts der neuen Publizierung solcher Behauptungen ist man geneigt, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln und sogar zu vermuten, daß sie nur in Kenntnis ihres unvermeidlichen Ergebnisses verbreitet werden — des Ergebnisses nämlich: die durch ähnliche tendenziöse und bösartige Agitation fanatisierten Massen zu neuen Unruhen aufzustacheln, diese Massen von neuem zu Manifestationen und zu tadelnswerten Akten zu treiben und so die Befriedung des Landes und die Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen und einer Zusammenarbeit zwischen den beiden ethnischen Elementen des Landes zu erschweren.

4. Die Zionistische Organisation hat wiederholt feierlich kundgetan, daß die Errichtung von gutnachbarlichen Beziehungen und die Schaffung einer Zusammenarbeit, die die Wohlfahrt des Landes in seiner Gesamtheit und aller Teile seiner Bevölkerung zum Ziele hat, die Basis der jüdischen Aspirationen in Palästina bildet; Aspirationen, die geteilt werden von allen zionistischen und nichtzionistischen Gruppierungen, die an dem Werke des Wiederaufbaus des jüdischen Nationalheims teilnehmen.

Die Juden haben niemals die Unterjochung der arabischen Bevölkerung betrieben. Sie verabscheuen jede „Politik der Eliminierung", die von den anderen gepredigt und kürzlich in Palästina geübt wurde.

Ich weise also mit Entrüstung die zweite Behauptung des Emirs Arslan und des Herrn Ihsan Es Djabri zurück, die den Juden die Absicht unterschiebt, in Palästina das Ziel „der Eliminierung des arabischen und muselmanischen Elementes" zu verfolgen. Ich nehme mir die Freiheit, hier den Beschluß des im September 1921 abgehaltenen XII. Zionistenkongresses zu reproduzieren, der in der folgenden authentischen Form die Ziele des Zionismus formuliert: „Die Entschlossenheit des jüdischen Volkes, mit dem arabischen Volke in Einigkeit und gegenseitiger Achtung zu leben und zusammen mit ihm die gemeinsame Heimat zu einer blühenden Gemeinschaft zu machen, deren Aufbau allen ihren Bevölkerungsteilen eine ungestörte nationale Entwicklung sichert." Diese Entschließung wurde in dem Weißbuch zitiert, das die britische Regierung im Juni 1922 dem Parlament vorlegte.

5. Gerade unsere feste Überzeugung von der Notwendigkeit und der Möglichkeit eines harmonischen Zusammenklanges der Interessen der Araber und der Juden, dieser beiden ethnischen Elemente, die dazu bestimmt sind, nebeneinander in dem vielgeliebten beiderseitigen Vaterlande Palästina zu leben, veranlaßt uns, mit Genugtuung den Beschluß des Rates zu begrüßen, der von den Delegierten des Syrisch-Palästinensischen Komitees angegriffen wird.

6. Im Namen der hohen Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit, von denen doch jede Aktion des Völkerbundes inspiriert ist, von denen ja auch der Beschluß des Rates über die Ernennung einer Kommission zur Regelung der Klagemauer-Angelegenheit inspiriert wurde, protestiere ich mit aller Entschiedenheit gegen die Drohungen, mit denen Emir Chekib Arslan und Herr Ishan El Djabrik diesem Beschluß in ihrer Erklärung entgegentreten.

Ich protestiere gegen eine Politik der Gewalt und Einschüchterung, deren sie sich gleich den Förderern und Initiatoren der palästinensischen Unruhen bedienen zu wollen scheinen, dieser unseligen Politik, die von Herrn Mac Donald mit Worten gebührend gebrandmarkt wurde, die durch einmütige Billigung der Versammlung sanktioniert worden sind.

Aus der jüdischen Welt

Neue Friedhofsschändung

Berlin, 30. Januar. (JTA.) In Preußisch-Holland, einem kleinen Städtchen Ostpreußens, wurde aus der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes ein Leichentuch entwendet und verbrannt. Acht Tage später wurden dort fünf Grabsteine umgestürzt und ein Teil von ihnen mit dem Hammer zerschlagen. Die Polizei nahm als Täter den siebzehnjährigen arbeitsscheuen Walter Werner fest, der der ganzen Stadt als Unhold bekannt ist. Der Bursche behauptet, von keiner Seite zu dieser Tat aufgestachelt worden zu sein.

Der Preußische Landesverband schafft ein konservatives Bezirksrabbinat in Westfalen

Borken, 29. Januar. (JTA.) Seitens des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden ist in Westfalen ein konservatives Bezirksrabbinat mit dem Sitz in Borken eingerichtet worden. Dem Rabbinat sind außer Borken selbst die folgenden Gemeinden angegliedert: Ahaus, Epe, Gemen, Gescher, Groß-Reken, Raesfeld, Stadtlohn und Vreden. Zum Bezirksrabbiner ist Herr Dr. Köhler, der bisher in Frankfurt a. M. als Religionslehrer tätig war, gewählt worden.

Ein Synagogenkonzert der Berliner Jüdischen Gemeinde

Berlin, 30. Januar. (JTA.) Das vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin am Mittwoch, dem 29. Januar, abends, in der Neuen Synagoge, Oranienburger Straße 29, zugunsten des Wohlfahrts- und Jugendamtes der Gemeinde veranstaltete Synagogenkonzert gestaltete sich zu einem großen gesellschaftlichen Ereignis für die Berliner Judenheit. Die Synagoge, die ungefähr 2200 Plätze hat, war überfüllt, viele standen in den Gängen, so daß man eine Anwesenheit von mehr als 2500 Personen feststellen konnte, trotzdem mußten Hunderte unverrichteter Dinge zurückkehren.

Die Veranstaltung erhielt ihren Glanz durch die Mitwirkung von Professor Albert Einstein, der schon einmal bei einer intimeren Veranstaltung der Jüdischen Altershilfe als Geiger aufgetreten war und der sich nun auch einem großen jüdischen Publikum öffentlich von einer anderen Seite seines Wesens, als Geiger von hoher Begabung, zeigte.

Tagung der Vereinigung für das liberale Judentum

Berlin, 3. Februar. (JTA.) Die diesjährige Hauptversammlung der Vereinigung für das liberale Judentum wurde am Sonnabend in Breslau eröffnet.

Der Vorsitzende erstattete in einer geschäftlichen Sitzung einen ausführlichen Bericht über die politische Tätigkeit der Vereinigung, daran schloß sich ein Referat des Generalsekretärs Goetz über die organisatorischen, insbesondere die finanziellen Fragen.

DER LETZTE WALDJUDE

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

42. Fortsetzung

Aus den Städtchen ringsum kamen immer neue Wagen voll Chassidim. Die Menschen standen Schulter an Schulter gepreßt, regungslos wie eine Mauer. Keiner wußte, wann die Waschung des Leichnams im Bade vollzogen werden würde. Sie standen mit gesenkten Köpfen, einer erzählte dem andern voll Schreck den Vorfall mit dem barfüßigen Israel. Sie waren sicher, es müßte etwas geschehen. Plötzlich rief jemand.

„Sie tragen den Rabbi!"

Die zusammengepreßte Granitmauer stöhnte auf, spaltete sich und zerfiel wie durch ein Wunder in zwei Teile. Von allen Seiten tönte es:

„Macht eine Gasse!"

„Macht Platz für die Leichenträger!"

„Da kommen sie!"

Bei jedem Schritte wechselten die Leichenträger, beehrten mit dem heiligen Amt Verwandte, nahmen von den Umstehenden Wunschzettel und legten sie auf die Bahre.

Die Mikweh war nicht zu sehen. An den Mauern, an den Fenstern standen Menschen, hingen am Dach, an den Kaminen, stritten, rauften um einen Platz und zählten den Stammbaum jedes einzelnen auf, der sich mit der Waschung befaßte.

„Welch eine Auszeichnung!"

„Wahrscheinlich hat er sie verdient."

„In der Chewra Kadischa gibt es vornehmere Juden als Mojsche den Kürschner."

„Wenn er auch ein Kürschner ist, was ist dabei?"

„Leiser der Weinhändler wollte ihm hundert Gulden für die Auszeichnung geben."

„Hört ihr's?"

„Mojsche wollte sie aber nicht abtreten, obwohl er ein armer Mann ist!"

Das Haus war so voll von Menschen, daß die Kerzen nicht brennen wollten. Die zehn zur Waschung Erwählten standen um den Leichnam und teilten untereinander Rabbi Mendeles Leib auf, nach der Beziehung, welche die Glieder zu den „Sefiroth" haben. Der Schammes Reb Feiwisch rief einen nach dem anderen auf:

„Reb Itsche wird des Zaddiks heiliges Haupt waschen, Reb Henoch den rechten Arm, Reb Mojsche der Kürschner, den linken, der Zaddik von Pschyscha . . ."

Während die zehn Erwählten an ihre Arbeit gingen, stimmte jemand das Hallelgebet an. Die Menge fiel mit erstickten Stimmen ein, warf Kopf und Arme empor und hätte sie Tallith's angehabt, so hätte man meinen können, sie betete die Neilah vom Jom-Kippur.

Plötzlich wurde es still. Dann hörte man die zehn Erwählten miteinander streiten. Der große Haufe stellte sich auf die Zehenspitzen und horchte neugierig:

„Das Waser ist zu flach."

„Man kann ihn nicht stehend tauchen!"

„Und es muß doch ein vollständiges Untertauchen sein!"

„So soll Reb Itsche das Haupt des heiligen Zaddik herunterdrücken!"

„Der Rabbi kann allein tauchen!" sagte Reb Itsche mit Zuversicht.

Die Menge erbebte bei Reb Itsches Worten, drängte näher und flüsterte:

„Was sagst du?"

„Wie?"

„Ein Wunder?"

„Ein Wunder ist geschehen!"

„Das Wasser ist über Rabbi Mendeles Haupt gestiegen."

„Und der Rabbi ist ganz untergetaucht?"

„Davon spricht man doch!"

„Wer kann ihre Wege verstehen?"

„Wunder über Wunder."

Um das offene Grab bildeten Chassidim eine zweifache Kette von Händen. Trockener Schnee sprühte und tünchte den Friedhof weiß. Hilflos stand die Familie des Rabbi, sie hatte keine Kraft mehr zum Wehklagen. Nur Temrele redete auf den Schwager ein und warf dabei immer wieder ihre schönen Arme in den breiten, losen Ärmeln empor. Die Ärmel fielen zurück und ihre weißen Arme, die weißer waren als der Schnee, ragten über das Grab und verwirrten die Diensttuenden. Die Menge wurde neugierig:

„Wer ist sie?"

„Eine Schwägerin des Rabbi."

„Das ist ja Temrele.“

„Die man erwischt hat?“

„Ja, ja, dieselbe.“

„Wer, meinst du, wird Rabbi werden?“

„Reb Itsche.“

„Und Reb Dowidl wird das ruhig hinnehmen?“

„Ruhe, Ruhe.“

„Man spricht das Kaddischgebet!“

Sowie Reb Dowidl das Kaddischgebet beendigt hatte, ging Temrele geziert auf ihn zu und begrüßte ihn:

„Maseltow, Rabbi!“

Einige Leute vom Hofe kamen langsam herbei, umringten Reb Dowidl mit Maseltows und warteten, daß die große Menge ihnen folge. Es sah aus, als hätte sich ein Häuflein Chassidim von der großen Menschenmenge losgerissen; die aber stand gaffend da, ohne sich zu rühren.

Die, welche Rabbi Mendele nahegestanden hatten, suchten nun in der Menge Reb Itsche auf, zogen eine Kette um ihn und aus tausend Kehlen rief es ihm entgegen:

„Maseltow, Rabbi!“

„Maseltow, Rabbi!“

„Maseltow!“

Hungrig und müde ging Mordechai nach Hause. Schwermut befiel ihn, je näher er Strahls Hause kam. Er wußte, morgen früh, wenn er Polen verließ, zerreiße er alle Fäden, entferne sich von einem Leben, das voll war von Zweifeln und Kummer, um einen unbekannten Weg zu betreten und neu zu beginnen. Er wußte selbst nicht, worin das neue Leben bestehen würde, aber sicher würde es anders sein, müsse es anders sein, als es bisher gewesen. Mordechai suchte seine Trauer mit dem Tode des Rabbi zu erklären, mit dem Leide, das er seinen Eltern schuf, aber sein Herz sagte ihm, das sei nicht wahr, er betrüge sich selbst; er fühlte, daß ihm etwas im Wege stand, wovon er sich befreien müßte, aber jedesmal, wenn er sich in die Hand nahm, um zu ergründen, was es war, verschwamm alles und sein Unbehagen wurde noch größer.

Mordechai blieb stehen und schaute sich um, wer ihn gerufen hatte. Er sah Felicia aus der Allee kommen; nun wurde ihm klar, woher seine Trauer kam.

„Sie waren beim Begräbnis?“

„Ja.“

„Sie müssen vorsichtig sein.“ — Felicia sprach es ihm fast ins Ohr — „man sucht Sie.“

„Ich verstecke mich nicht.“

„Oh, oh!“ — sie faßte Mordechai bei der Hand und lächelte vieldeutig.

Gut gelaunt, faßte sie ihn untern Arm, und während sie einige Schritte weitergingen, erzählte sie:

„Wissen Sie, zum ersten Male habe ich heute Angst gehabt, allein durch die Allee zu gehen, es war immer, als gehe mir jemand nach ... den ganzen Weg lang dachte ich an den Rabbi. Ist es wirklich wahr, daß er dreizehn Jahre in seinem Zimmer gefangen blieb?“

Mordechai nickte mit dem Kopf und ging schweigend nebenher.

Der Garten sah schütter aus. Die Bäume zu beiden Seiten der Allee, deren dichtbelaubte Äste im Sommer sich ineinander wölbten, so daß die Allee wie der Eingang zu einer dunklen Höhle aussah, standen jetzt nackt und bloß. Wurzeln, grasbedeckte Schollen starrten da und dort aus dem Schnee hervor. Irgendwo schrie eine Krähe, unheimlich hallte der Mißton in der leeren Allee wider.

„Ich beneide Sie, daß Sie wegfahren;“ — begann Felicia — „mir ist alles zuwider geworden. Ich stoße mich herum, ganz allein — es ist bald eine Woche, daß mein Mann in Warschau sitzt.“

Schluß folgt

In der nächsten Nummer beginnen wir mit der Veröffentlichung unseres neuen Romans,

„DER AUFSTAND“

VON J. OPATOSCHU

der Fortsetzung des gegenwärtig erscheinenden Romans: „Der letzte Waldjude“, in dem die weitere Entwicklung Mordechais sich erfüllt. In außerordentlich fesselnder Weise werden seine Erfahrungen im revolutionären Pariser Milieu während der Vorbereitungen zum polnischen Aufstand von 1863 und während dieses Aufstandes selbst dargestellt, der auch die Juden Polens in stärkster Weise ergriff.

Der Vorstand ist einstimmig wiedergewählt worden. Eine Reihe von Persönlichkeiten wurde neu gewählt.

Am Sonntag vormittag fand eine öffentliche Versammlung statt. Nach Begrüßungen hielt Rabbiner Dr. Seligmann (Frankfurt a. M.) ein Referat über „Das Judentum als Weltreligion“.

Am Abend beendete eine öffentliche Kundgebung, in der Rabbiner Dr. Lazarus (Frankfurt a. M.) über „Untergang oder Erneuerung“ sprach, die gutbesuchte Tagung.

Der Sächsische Landtag lehnt mit großer Mehrheit einen Numerus-clausus-Antrag der Nationalsozialisten ab

Dresden, 29. Januar. (JTA.) Der Landtag lehnte nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen einen nationalsozialistischen Antrag ab, der eine Vorlage wünscht, die den Numerus clausus für Juden an den sächsischen Hochschulen einführen soll.

Sechs Monate Gefängnis wegen Ritualmordhetze

Berlin, 31. Januar. (JTA.) Aus Köln wird telegraphiert: Der „Westdeutsche Beobachter“, das schon vielfach wegen Beleidigung verurteilte Kölner nationalsozialistische Blatt, hatte im August vorigen Jahres ein Bild gebracht, das eine menschliche „Schächtung“ darstellte. Die Unterschrift unter diesem Bild lautete: „Trotz der Verschleierungsversuche der jüdischen Journale, das Geheimnis des jüdischen Blutmordes zu bewahren, bringt die Fackel des erwachenden Deutschlands doch Licht in das Dunkel und demaskiert die Lüge von der ethischen Sittenauffassung der Juden.“ Unmittelbar nach der Veröffentlichung dieses Bildes war der Abgeordnete Dr. Levy wegen der gleichen Beleidigung bestraft worden. Diesmal verhängte das Kölner Schöffengericht, vor dem der neue Fall zur Verhandlung stand, gegen den verantwortlichen Redakteur Robert Longerich sechs Wochen Gefängnis wegen Bedrohung des öffentlichen Friedens und groben Unfugs.

Das Koburger Stadttheater wird judenrein gemacht

Berlin, 2. Februar. (JTA.) Der seit kurzem in Koburg, der Stadt mit nationalsozialistischer Stadtratmehrheit, als Intendant des dortigen Theaters tätige Herr Hans Erdmann von Kutzschenbach hat, wie von dort berichtet wird, die Theateragenturen darauf hingewiesen, sie möchten ihm nur Schauspieler deutscher Staatsangehörigkeit, christlicher Konfession in Vorschlag bringen.

Hundert Jahre Württembergische Israelitische Religionsgesellschaft

Stuttgart, 27. Januar. (JTA.) Die erste Tagung der am 8. Dezember 1929 gewählten Israelitischen Landesversammlung fand am 26. Januar, 10 Uhr vormittags, im Sitzungssaale des Württembergischen Wirtschaftsministeriums statt. Nach Begrüßung durch den Präsidenten der Landesversammlung hielt der Präsident des Israelitischen Oberrates, Regierungsrat Dr. Nördlinger, eine Ansprache, in der er nach einem geschichtlichen Rückblick auf die jetzt beinahe hundert Jahre bestehende Organisation der Württembergischen Israelitischen Religionsgemeinschaft, besonders ihre Entwicklung während der letzten sechs Jahre nach der Einführung der neuen Verfassung darstellte. Er verpflichtete hierauf die neu gewählten Abgeordneten. An Stelle des zurücktretenden Dr. Nördlinger, dem der Dank der Versammlung ausgesprochen und eine Ehrenurkunde überreicht wurde, wurde Ministerialrat Dr. Hirsch zum Präsidenten des Oberrates gewählt.

Der Antrag des Württembergisch-Hohenzollerischen Landesverbandes des Jüdischen Frauenbundes auf Verleihung des passiven Wahlrechtes für die Vorsteherämter an die Frauen wurde auf Antrag Dr. Berlingers zurückgestellt, da die Landesversammlung zur Zeit nicht vollzählig war und eine so wichtige Änderung der Verfassung nur vor vollzähliger Landesversammlung verhandelt werden sollte. Frau Rosenbusch nahm ihren Vorschlag, daß der Antrag einem neu zu wählenden Verfassungsausschuß zur Revision der Verfassung übertragen werden sollte, zurück. Steiner (Laupheim) wies darauf hin, daß die Mitarbeit einer Frau an den Arbeiten des Vorsteheramtes in Laupheim als dankenswert empfunden wurde. Ein Antrag des Oberrates, die Dauer der Wirksamkeit des derzeitigen Oberrates mit dem 3. Februar zu beenden, wurde angenommen.

Sitzung des Administrative Committee wahrscheinlich am 18. März in London

London, 22. Januar. (JTA.) Wie die JTA. erfährt, wird die Sitzung des Administrative Committee der Jewish Agency wahrscheinlich am 18. März in London stattfinden. Die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Administrative Committee, Herrn Felix M. Warburg, und der Londoner Exekutive über diesen Punkt sind aber noch nicht endgültig abgeschlossen. Die Amerika-Reise des Präsidenten der Zionistischen Organisation Dr. Chaim Weizmann ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Das Zionistische Aktionskomitee wird noch vor der Sitzung des Administrative Committee zusammentreten. Der genaue Zeitpunkt der Aktionskomitee-Sitzung wird aber erst festgesetzt werden, wenn der der Administrative Committee-Sitzung endgültig feststehen wird.

Lady Reading gestorben

London, 30. Januar. (JTA.) Am Donnerstag, dem 30. Januar, ist in London Lady Reading, die Gattin des Führers der englischen Liberalen und früheren Vizekönigs von Indien Lord Reading (früher Sir Rufus Isaacs) gestorben. Lady Reading war im jüdischen sozialen Leben Englands hervorragend tätig und genoß als die Gattin eines großen Engländers und Juden wie als eigene ausgeprägte Persönlichkeit in weiten Kreisen große Verehrung. Sie war auch am englischen Hofe sehr angesehen.

Das Kownoer Jüdische Kinderhaus abgebrannt

Ein Kind tot, zwei lebensgefährlich verletzt

Kowno, 28. Januar. (JTA.) In der Nacht zum 28. Januar brach in dem Kownoer Jüdischen Kinderhaus, der über die Grenzen Litauens hinaus in der gesamten jüdischen Welt populären Waisenerziehungsinstitution, ein Brand aus, der das Gebäude zu einem großen Teil vernichtete. Ein Kind fand dabei den Tod, zwei erhielten schwere Brandwunden, so daß bei ihnen Lebensgefahr besteht.

Die übrigen Kinder konnten alle, ohne daß sie an ihrer Gesundheit Schaden genommen hätten, gerettet werden. Die obdachlos gewordenen Kinder wurden vorübergehend an verschiedenen Stellen untergebracht. Der entstandene Sachschaden ist groß. Die Verwaltung des Kinderhauses wandte sich an ausländische Institutionen, die das Kinderhaus fördern, um Hilfe. Der Hilfsverein der deutschen Juden, der schon bisher das Kinderhaus laufend unterstützt hatte, hat bereits auf telegraphischem Wege einen entsprechenden Betrag überwiesen. Auch von Joint wurde Hilfe in Anspruch genommen.

Erneuerte scharfe Judenhetze der Cuzisten — Scharfe Maßnahmen der Regierung

Bukarest, 2. Februar. (JTA.) Bei der Zentralregierung sind in der letzten Zeit aus den neuen Provinzen beunruhigende Nachrichten über eine verstärkte judenhetzerische Agitation der Anhänger des Antisemiten Cuza eingetroffen. Die Agitatoren suchen die Bauernschaft zu bewegen, für die antisemitischen Kandidaten zu stimmen, indem sie ihnen versprechen, daß die Bauernschaft bei dem Sieg der Cuzisten von jeder Art Steuerleistung befreit sein wird, weil eine cuzistische Regierung das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Juden beschlagnahmen und somit über genügend Geld verfügen wird; ja ein Teil des beschlagnahmten Geldes werde unter die Bauern verteilt werden. Auch würden die Bauern von der Rückzahlung ihrer Schulden an jüdische Gläubiger befreit werden.

Im Ministerratspräsidium fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Maniu eine Beratung statt, deren Gegenstand die Inangriffnahme von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Hinblick auf die in der letzten Zeit erneuerte antisemitische Agitation der Cuzisten war. Es wurde beschlossen, mit strengen Strafen gegen die Cuzisten vorzugehen.

Hunderte jüdische Bauern werden aus den Kolonien Weißrußlands entfernt

Moskau, 1. Februar. (JTA.) Das Departement für Landwirtschaft der weißrussischen Sowjetregierung hat soeben eine Verordnung erlassen, deren Durchführung nicht weniger bedeutet, als daß Hunderte jüdische Bauern im Verlauf des Monats Februar die kollektiven Landwirtschaften Weißrußlands werden verlassen und dabei ihr gesamtes Hab und Gut werden zurücklassen müssen. Folgende Kategorien von Kolonisten sollen gemäß der Verordnung als „unerwünschte Elemente" ausgeschlossen und nicht nur ihren Viehbestand und ihr bewegliches Vermögen, sondern auch ihr Bargeld zurücklassen. 1. Kolonisten, die gegenwärtig in irgendeiner Form Handel treiben; 2. Kolonisten, deren Angehörige Handel treiben; 3. Kolonisten, die früher einmal Handel getrieben oder sich fremder Arbeit bedient haben; 4. Kolonisten, die gegen die Kollektivisierung Propaganda treiben; 5. Kolonisten, die ihre Produkte statt an Konsumgenossenschaften an Privatpersonen verkaufen. Im Februar wird in allen jüdischen Kolonien Weißrußlands eine strenge Untersuchung durchgeführt werden, um festzustellen, wer ein Recht hat, in den Kolonien zu bleiben und wer nicht. Jeder jüdische Bauer ist verpflichtet, einen Fragebogen zu beantworten und seinen Lebenslauf darzulegen. Auf Grund dieser Dokumente wird festgestellt werden, welche der Bauern als „unerwünschte Elemente" unverzüglich aus der Kolonie zu entfernen sind.

Mehrere Ozet-Mitarbeiter in Weißrußland haben freiwillig auf ihre Posten im Ozet verzichtet, weil sie mit der Hinaussetzung der einstigen jüdischen Händler aus den Kolonien nicht einverstanden sind. Die Minsker jiddische Tageszeitung „Oktjabr" nimmt gegen diese Ozet-Mitarbeiter Stellung und führt aus, daß man sogar mit den Kindern ehemaliger Händler nicht Mitleid haben dürfe. „Oktjabr" teilt mit, die jüdischen Kolonisten Weißrußlands seien gegen die Kollektivisierung und erklären, die Kollektivisierung führe zu vollständiger Assimilation und zur Vernichtung der jüdischen Religion.

Die Juden von Kapstadt bringen an einem Abend über 10 000 Pfund für den Keren Hajessod auf

Kapstadt, 2. Februar. (JTA.) Bei dem heute in Kapstadt stattgefundenen Bankett zu Ehren des hier weilenden Präsidenten der Föderation der englischen Zionisten und des Council der Jewish Agency, Lord Melchett, wurden innerhalb einer halben Stunde 10 466 Pfund für den Keren Hajessod aufgebracht. Mit dieser Veranstaltung wurde die diesjährige Keren-Hajessod-Kampagne für Südafrika eröffnet, die ein großes Ergebnis zu bringen verspricht. An der Führung der Kampagne beteiligt sich auch das Unterhausmitglied Josiah Wedgwood.

In Palästina immer noch nicht Ruhe

Jerusalem, 1. Februar. (JTA.) Palästina ist immer noch nicht aus dem Zustand der Unruhen vollkommen heraus. In der Nacht zum 29. Januar wurden von unbekannten Tätern Schüsse in die Richtung der jüdischen Kolonie Rosch Pinah in der Nähe von Safed in Nordgaliläa abgegeben. Ein arabischer Wächter der Kolonie wurde verletzt, drei der Kolonie gehörende Maultiere wurden fortgeführt. Eine Polizeistreife hat die Verfolgung der mutmaßlichen Täter aufgenommen.

Die Kolonie Menahamia südlich von Tiberias ist wiederholt zu nächtlicher Zeit von Räubern heimgesucht worden. Bisher ist es den Wächtern der Kolonie immer gelungen, die Räuber durch Schüsse zu vertreiben.

Zwei jüdische Chauffeure, die Orangen nach Nablus, dem biblischen Schechem, brachten, wurden von einem arabischen Pöbel angegriffen und mit Steinen beworfen. Arabische Polizisten sahen diesem Treiben untätig zu. Als schließlich der Mob auf mehrere hundert Personen angewachsen war, kamen mehrere britische Polizisten heran und retteten die beiden Juden aus ihrer bedrohlichen Lage.

Drei von den zwölf Arabern des Dorfes Koloniah bei Moza in der Umgebung von Jerusalem, die in der vorigen Woche vom Jerusalemer Gericht von der Anklage, sieben Mitglieder der jüdischen Familie Makleff in Moza ermordet zu haben, freigesprochen wurden, sprachen Todesdrohungen gegen einen yemenitischen Juden in Moza aus, weil er vor Gericht gegen sie ausgesagt hat. Später griffen sie den yemenitischen Juden an, dem es nur mit Hilfe von Arabern aus einem anderen Dorfe zu entkommen gelang. In Jerusalem sagte der Yemenit aus Moza aus, daß aus der Mtite der Bevölkerung von Koloniah Drohungen laut wurden, daß alle Juden von Moza, zwei Familien ausgenommen, abgeschlachtet werden würden.

Wieder ein Mordversuch in Palästina

Jerusalem, 2. Februar. (JTA.) Eine Belohnung von 100 Pfund wird ausgesetzt für Informationen, die zur Verhaftung jener Personen führt, die am frühen Morgen des 31. Januar durch das Fenster des Schlafzimmers des Herrn Steward, britischen Leiters der Athlit-Steinbruch-Werke, drei Schüsse abgaben.

Polizeiinspektor Lamont hat bei Durchsuchung eines Dorfes in der Nähe von Hebron dreizehn Gewehre beschlagnahmt.

Ausnahmezustand für drei Monate in Akko

Jerusalem, 31. Januar. (JTA.) Über Akko ist für die nächsten drei Monate der Ausnahmezustand verhängt worden. Diese Maßnahme dürfte in Zusammenhang stehen mit dem Entschlusse, in radikaler Weise mit dem in Nordpalästina in der Zeit nach den Unruhen sich breitmachenden Bandenunwesen aufzuräumen.

Die Reorganisation der palästinensischen Polizei

Jerusalem, 31. Januar. (JTA.) Der vom Colonial Office mit dem Auftrag, die palästinensische Polizei zu organisieren, nach Palästina gekommene Generalinspektor der Polizei in Ceylon, Dowbiggin, inspiziert alle Polizeistationen des Landes und prüft eingehend die Personalverhältnisse in der Polizei. Seine Untersuchungen erstrecken sich ebensosehr auf die Offiziere wie auf die Mannschaften.

Verhaftung Ittamar Ben Avis in Jerusalem — Freilassung gegen Bürgschaft

Jerusalem, 27. Januar. (JTA.) Nach seiner Rückkehr aus Europa ist Ittamar Ben Avi, der Sohn des verstorbenen berühmten hebräischen Philologen Eliezer Ben Jehuda, verhaftet worden. Ben Avi war bekanntlich Herausgeber der Jerusalemer hebräischen Tageszeitung „Doar Hayom" und der englischen Wochenschrift „Palestine Weekly". Die Verhaftung erfolgte wegen des „offenen Briefes", den Ben Avi kurz nach den August-Unruhen in Palästina wegen des Verbotes des „Doar Hayom" an den High Commissioner Sir John Chancellor gerichtet hatte. Ittamar Ben Avi ist schon vor längerer Zeit von der Leitung der beiden von ihm begründeten Zeitungen zurückgetreten. Die Tageszeitung „Doar Hayom" erscheint jetzt unter der Chefredaktion Wladimir Jabotinskys als revisionistische Zeitung, während „Palestine Weekly" von der zionistischen Palästina-Exekutive erworben worden ist. Ittamar Ben Avi ist gegen Stellung einer Geldbürgschaft aus der Haft entlassen worden.

30 000 Pfund für Munizipalitäten im Budget Palästinas für 1930

Jerusalem, 26. Januar. (JTA.) Das Budget der Palästinaregierung für das Jahr 1930, das jetzt veröffentlicht wird, enthält einen Posten von 30 000 Pfund für Zuschüsse an verschiedene Gemeindeverwaltungen, darunter auch einen Posten von 8000 Pfund für öffentliche Arbeiten der Stadt Jaffa. Ein Zuschuß für Tel-Awiw ist nicht vorgesehen, wobei die Bewilligung für die Aufrechterhaltung des Polizeidienstes in Tel-Awiw als Regierungshilfe angesehen wird. Der Budget-Posten für Zuwendung an Munizipalitäten betrug im vergangenen Jahre 60 000 Pfund.

Wichtige archäologische Entdeckungen am Skopusberg in Jerusalem

Jerusalem, 26. Januar. (JTA.) Bei Bauarbeiten auf dem Skopusberg in der Nähe des Universitätsgebäudes stießen arabische Arbeiter auf mehrere Steinsärge aus der herodianischen Periode mit hebräischen und griechischen Inschriften. Ferner wurden zahlreiche Keramiken aus der Zeit vor der zweiten Tempelzerstörung gefunden. Eine der Inschriften erwähnt Chananjah Ben Teradjon, stammt also aus wesentlich späterer Zeit. Das Antiquitätendepartement der Regierung überließ die weiteren Ausgrabungsarbeiten der Hebräischen Universität. Die Entdeckungen wurden in der Nähe einer Höhle gemacht, in der erst vor kurzem Gräber freigelegt worden sind.

Die römische Kirche kauft weiterhin Boden in Palästina

Jerusalem, 17. Januar. (JTA.) Das lateinische Patriarchat von Jerusalem hat von Emin Abdul Hadi, einem Mitglied des Obersten Moslemitischen Rates, den gesamten Boden des nordöstlich von Nablus gelegenen arabischen Dorfes Rameh käuflich erworben. Es ist dies die dritte große Bodenerwerbung des Patriarchats innerhalb weniger Wochen. Vor vierzehn Tagen erwarb es bekanntlich 14 000 Dunam Boden in der Nachbarschaft der jüdischen Siedlung Beth Alpha im Emek.

Jerusalem, 29. Januar. (JTA.) Das lateinische Patriarchat in Jerusalem verhandelt, wie hier verlautet, neuerdings über den Ankauf eines palästinensischen Dorfes. Es handelt sich um ein Dorf in der Nähe von Jenin, dessen Bodenareal ungefähr 5000 Dunam groß ist. Das lateinische Patriarchat, das in Palästina die Interessen des Vatikans vertritt, hat in der letzten Zeit kurz hintereinander drei Dörfer mit einem Bodenarel von insgesamt mehr als 30 000 Dunam käuflich erworben.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Das Einschreibergebnis an der Israelitischen Volksschule

Wie uns mitgeteilt wird, wurden für die erste Klasse 37 Kinder angemeldet, so daß die Schule im ganzen von 140 Kindern besucht wird. Die Zahlen können sich vielleicht noch ändern. Nähere Angaben folgen in der nächsten Nummer.

Zionistische Ortsgruppe München. Schekelaktion 5690. Die Schekelaktion hat bereits begonnen. Alle Zionisten sollen für sich und ihre Familienangehörigen den Schekel entrichten, aber zugleich ist es ihre Aufgabe, unserer Bewegung auch neue Anhänger zuzuführen, die durch Entrichtung des Schekels das Bekenntnis zum Baseler Programm ablegen. Jeder Zionist ist dafür verantwortlich, daß das Ergebnis der diesjährigen Aktion von der organisatorischen Größe und der Kraft der zionistischen Bewegung beredtes Zeugnis ablegt.

Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania". Dienstag, 11. Februar, 8.30 Uhr: Burschenkurs. Mittwoch, 12. Februar, 8 Uhr, Turnen. Freitag, 14. Februar, 8.30 Uhr, Beisammensein im Heim. Samstag, 15. Februar, Mittagessen bei Weiß.

Kadimah ‚München. Am Montag, dem 17. Februar, findet im Bibliotheksaal der Gemeinde unsere ordentliche Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung.
2. Entlastung des Ausschusses.
3. Erwerb eines Landheimes.
4. Arbeiten des Eufrat (Eltern- und Freundesrat).

Die Vorstandschaft:
Justizrat E. Fränkel.

Der gemeinsame Heimabend für die älteren Jungens und Mädels wird zum erstenmal wieder am Dienstag, dem 11., um 8 Uhr, sein. (Herzog-Max-Straße 5, Rückgebäude, I. Stock). Er ist in Form einer Arbeitsgemeinschaft über die Hagadah gedacht. Hagadah ist mitzubringen.

Maskenfest des Bar-Kochba am Sonntag, dem 16. Februar. Wir bitten unsere Freunde um Spenden für unsere Tombola. Annahmestelle bei Friedländer, Maffeistraße 14/II.

Die Vorstandschaft.

**„Vom nahen zum fernen Osten,
Die Narretei darf nicht viel kosten."**

Unter diesem Motto veranstaltet der Bar-Kochba in den von Michael Oswald wunderbar schön dekorierten Festsälen des Hotels Regina Palast sein diesjähriges Maskenfest. Das Motto läßt vor allem orientalische und chinesische Kostüme zu, jedoch sind alle Masken erwünscht, die in den Rahmen passen, um ein möglichst buntes Bild zu gewinnen. Es findet wieder eine Prämiierung der besten Masken statt, worüber das Publikum selbst entscheiden wird. Es findet weiter Grotesktanzkonkurrenz statt (getanzt wird Fox-Trott) mit wertvollen Preisen für die Preisträger. Anstatt der Tombola bereitet die Festleitung eine ganz neue Überraschung vor, die ganz bestimmt großen Anklang finden wird. Die Sektbude wird sicher zur Stimmung beitragen und mit dem rituellen Büfett, das diesmal vom Restaurant Schwarz (unter besonderer Aufsicht) vorbereitet wird, ist auch für das leibliche Wohl der Festteilnehmer bestens gesorgt. Die Vorbereitungen für einige ganz neue und besonders lustige Überraschungen sind im vollen Gange.

Man sieht, daß der Bar-Kochba auch für dieses Fest keine Opfer und keine Mühe gescheut hat, um seinen vielen Freunden auch in diesem Jahre ein Fest zu bereiten, das noch prachtvoller und noch lustiger werden soll als je ein von Bar-Kochba veranstaltetes Fest. Darum heißt die Parole am Sonntag, dem 16. Februar:

Auf „Vom nahen zum fernen Osten,
Die Narretei darf nicht viel kosten!"

Jüdischer Jugendverein

I. Donnerstagabende: Am Donnerstag, den 13. Februar, findet ein „Bunter Abend" unter dem Motto statt: „Die jüdische Jugend für den Frieden." Masken aller Völker, vereinigt euch! Wo? Natürlich wieder im Lessingsaal. Beginn diesmal unpünktlich um 20.30 Uhr!

II. Arbeitsgemeinschaften: Bibliotheksaal. Beginn: 20.30 Uhr.

1. Bibelkurs: Leiter Präparandenlehrer Hirnheimer: „Der Prophet Hosea." Alle 14 Tage. (18. Februar.)

2. Diskussionsabende: Leiter Dr. S. Keßler: „Das Judentum und seine Umwelt." (Am 11. Februar.)

Jüdisches Kammerorchester, München. In der mit der Probe am 29. Januar verbundenen Generalversammlung wurden, nachdem dem Vorstand Entlastung erteilt worden war, die folgenden Herren (teilweise durch Wiederwahl) in den neuen Vorstand gewählt: Moritz Goldberg, Oskar Gröbel, Heinrich Lamm, Hermann Renka, Sigmund Schapira.

Bei einer Veranstaltung der jüdischen Jugendvereinigungen in der zweiten Märzwoche werden, wie schon mitgeteilt, einige Kanons für Singstimmen und Instrumente von Hindemith gespielt werden. Hierbei können Sängerinnen und Sänger aller Stimmlagen mitwirken. Eine Vorbesprechung der Singproben (vielleicht schon eine kleine Probe) wird am Mittwoch, 12. Februar, punkt 19.30 Uhr im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Erdgeschoß, Rkgb. sein. Hierzu sind stimmbegabte und halbwegs des Notensingens kundige Musikfreunde und -freundinnen eingeladen. Wer zu kommen verhindert ist, wolle sich schriftlich an Heinrich Lamm, Bruderstraße 12/0 links, wenden.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Samstag, den 8. Februar 1930, abends 8.30 Uhr, spricht im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Herr Rabbiner Dr. Jos. Prys über „Das jüdische Gebet und seine Entwicklung". Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt frei.

Voranzeige. Samstag, den 15. Februar, spricht Herr Josef Löwy über seine Reise nach Polen.

Samstag, den 22. Februar: Rezitationsabend Fräulein Manja Sufrin.

Die Vorstandschaft.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth und Zionistischer Jugendkreis. Am Donnerstag, dem 23. Januar, hatte der Zionistische Jugendkreis zusammen mit der Zionistischen Ortsgruppe einen Vortragsabend veranstaltet, zu dem Herr Dr. Werner Bloch (Berlin) als Redner gewonnen war. Das Thema des Abends lautete: „Zielsetzung und Wegbereitung."

Herr Dr. Bloch führte aus: Der Zionismus sei, als begreifliche Folge der Unruhen in Palästina, heute zu sehr mit politischen Auseinandersetzungen über das zionistische Endziel beschäftigt. Die Zionisten müßten sich wieder auf den richtigen Weg besinnen. Es gelte, von neuem die Grundlagen unseres Zionismus aufzuzeigen, die tiefe innere Berechtigung unserer Sache immer und immer wieder der Welt und den Juden vor Augen zu führen. Nicht politische Diskussion um Qualität oder Quantität, um lezte Ziele, schaffe das Werk, sondern die tägliche Bereitschaft, die Kleinarbeit jeder Stunde, die Sammlung für den Keren Hajessod und den Keren Kajemeth und die Arbeit für Chaluziuth, die nach wie vor von entscheidender Wichtigkeit für den Aufbau seien. Zielsetzung der zionistischen Politik bedeute eine Siedlung in Palästina zu schaffen, die als Massensiedlung bedeutsam genug ist, um ihr jüdisches Sein entscheidend zu erweisen. Ob das noch ein oder drei oder fünf Jahre dauern wird, vermögen wir nicht zu sagen, wir müssen vor allem dafür besorgt ein, daß wir kein neues Ghetto in Palästina errichten.

Die zionistische Bewegung hat sich nach drei Fronten hin zu verteidigen, in Jerusalem, London und Genf. Die Front in Jerusalem ist heute in ganz besonderem Maße zu verstärken. Jede neue Kwuzah, jeder neue Einwanderer, jedes neue wirtschaftliche Werk bedeutet einen Schritt vorwärts. In der Araberfrage tappen wir noch sehr im Dunkel, aber ebenso wie wir die Engländer. Ursprünglich hatten wir es nicht mit einer geeinten arabischen Nationalbewegung zu tun, wir haben selbst zu ihrer Entstehung beigetragen. In London ist die Arbeit viel schwerer geworden, ein erheblicher Teil der englischen Bevölkerung bekämpft die Palästinapolitik der Regierung, oder steht dem Problem indifferent gegenüber. — Die gleichen Schwierigkeiten treffen für Genf zu. Obwohl der Völkerbund in einer Deklaration sein Wohlwollen für unsere Sache nach wie vor bekundete, müssen wir immer wieder von neuem die Judenfrage und unsere nationalen Ansprüche unter Beweis stellen.

Zur Frage der Jewish Agency übergehend, betonte Redner die bereits erwiesene Wichtigkeit dieser Institution, zu deren Aufbau und Ausbau so schnell als möglich geschritten werden müsse, nachdem die Arbeit durch die Augustunruhen unterbrochen worden sei. Zionistischer Impuls müsse das Tempo der Jewish Agency bestimmen, und nur, wenn dieser ein stets antreibender Motor sei, wird die Sache gelingen.

Zum Schluß ging Dr. Bloch auf die Problematik der heutigen jüdischen Jugend ein, die es „leichter und schwerer" als die vorhergegangene Generation habe. Der Weg sei ihr schon gebahnt worden; dafür aber habe sie ihn sich nicht selbst erobern können. Die ungeheure Förderung, die diejenigen erfahren haben, die im Kampf mit der ganzen Welt sich ihre Stellungnahme eroberten und mit der Idee in ihrem tiefsten Sein verwurzelten, geht ihr verloren. Es muß wieder eine Generation erstehen, für die Zionismus die jüdische Sache, Lebensinhalt, nicht bloß auch eine gute Sache sei.

Reicher Beifall der zahlreich Erschienenen — zum großen Teil Jugendlicher — dankte dem Redner für seine interessanten Ausführungen.

An der Diskussion beteiligten sich die Herren Harry Bein und Dr. Rudolf Liebstädter.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis Nr. 13
vom 30. Januar bis 4. Februar 1930

Goldenes Buch Zionistische Ortsgruppe München: Dr. Schäler gratuliert Familie Grünbaum zur Bar-Mizwah 2.—.

Allgemeine Spenden: Familie Spinner gratuliert zur Hochzeit Knoblauch-Neuwirth 2.—; Edith Sachs anläßlich ihrer Verlobung 10.—; Familie N. Sturm gratuliert Familie Grünbaum zur Bar-Mizwah und Familie Blumenberg zur Verlobung ihrer Tochter 2.— = 14.—.

Jakob-Dribinsky-Garten: Herr und Frau S. Orljansky gratulieren Herrn und Frau Grünbaum zur Bar-Mizwah ihres Sohnes, ein Baum = 6.—.

Büchsen: Geleert durch Frau Harburger: S. Raaber 12.51; D. Horn 4.40; Frau Hirschberger 2.66 = 19.57.

Geleert durch Herrn Simon Schenirer: J. Schachno 3.80; N. Sadler 1.40 = 5.20.

Geleert durch Frl. Philippsohn: Moses Philippsohn 15.36; Jeidel 2.—; Dr. Leo Feuchtwanger 1.86; Isidor Schwager 10.40; Dr. Robert Beer 2.—; Dr. Alfred Fränkel 3.07; Z. Kreschower 2.32; S. Silber 7.—; Frau Sophie Eben 4.70 = 48.71 = 73.48.

Material: 1 N.-F.-Telegramm: —.50. Summa: 95.98.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 3289.69 RM.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die vorher im Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1, einbezahlt wurden.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 31. Januar 1930

Spendenbuch: Herr u. Frau Fritz Schwed anläßlich der Geburt ihrer Tochter 10.—; Frau Frida Hönig anläßlich Verlobung 5.—; Herr und Frau Salo Hirschen anläßlich ihrer Silberhochzeit 5.—.

Allgemeine Spenden: Gesammelt bei Oneg-Schabath-Feier der Ostjüdischen Sektion 6.63.

Wertzeichen: Otto Dietenhöfer gesammelt für zehn Bausteine 5.—.

Büchsen: Louis Joelsohn 45.45; Rink 1.50. Summa: 78.58.

Seit 1. Oktober aufgebracht: 2246.52 RM.

Würzburger Spendenausweis seit 12. Januar

Büchsen, geleert durch Herrn Ludwig Morgenroth: Neumann (Heidingsfeld) 9.30; Ludw. Morgenroth (Heidingsfeld) 5.05; Jos. Forchheim 2.50; Rosa Bernthal (Heidingsfeld) 2.50; Synagoge 2.80. N. N. 5.—.

Im Spendenbuch: Verlobung Fulder-Wallach 10—; J. Reiter anläßlich der Geburt seiner Tochter 5.—. Summa: 42.15 RM.

Statt Karten

SOPHIE BOHRER
HENRI FENICHEL
Verlobte

MÜNCHEN
Baaderstraße 38

CHEMNITZ
Bernsbachplatz 4

2. Februar 1930 / 4. Schewat 5690





Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.